## Änderungsantrag Haushaltsentwurf 2021 Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss als Fachausschuss

Fraktion	Bündnis 90/Die Grünen	Die FRAKTION	SPD Fraktion	UWG/Freie Wähler	
	<u>-</u>	•		·	

7	
010.111.010 Rat u. Ausschüsse, Fraktionen,	010.111.130 Rechts- u. Schadensangelegenheiten,
Integrationsrat	Datenschutz
010.111.020 Verwaltungsleitung	020.122.010 Öffentliche Sicherheit und Ordnung
010.111.030 Gleichstellung	020.122.030 Bürgerservice und Wahlen
010.111.040 Öffentlichkeitsarbeit/ Stadtmarketing	020.122.040 Personenstandswesen
010.111.050 Beschäftigtenvertretung	020.126.010 Feuerschutz
010.111.060 Prüfung und Beratung	150.571.010 Wirtschaftsförderung
010.111.070 Zentrale Leistungen, Orga. u.	150.573.010 Kommunale Beteiligungen
Stadtarchiv	130.373.010 Kommunate Beteingungen
010.111.090 Personalwirtschaft und -entwicklung	150.573.020 Märkte
010.111.100 Finanzmanagement	160.411.010 Krankenhäuser
010.111.110 Geschäftsbuchhaltung,	160.611.010 Allgemeine Finanzwirtschaft
Zahlungsverkehr, Vollstreckung	100.011.010 Allgemente i manzwirtschaft
010.111.120 Service DV-Management und	160.612.010 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft
Telekommunikation	160.612.010 Sonstige angemente Finanzwirtschaft

## Änderungsantrag

- 1. Sollte im Laufes des Haushaltsjahres 2021 der Rat zu der Entscheidung kommen, dass eine zeitnahe Besetzung von Personalstellen für den Bereich Digitalisierung notwendig ist, erfolgt eine überplanmäßige Stellenbereitstellung.
- 2. Die Besetzung der Stelle erfolgt auf Basis einer Stellenausschreibung, die mit dem Ausschuss für Digitalisierung und Informationstechnologie entwickelt wird.

Veränderung (bitte neuen Ansatz angeben)				
2020				
2021	+ 85.000 €	VE 2021		
2022		VE 2022		
2023		VE 2023		
Spätere		VE spätere		
Jahre		Jahre		
Sperrvermerk (ggfs. ankreuzen)				

## Begründung

Mit der Gründung eines Ausschusses für Digitalisierung hat die Politik mit Beginn dieser Legislaturperiode ein Zeichen gesetzt und die Bedeutung dieser Themenfelder für die Stadt Meerbusch herausgestellt. Auch die Verwaltung muss sich vor diesem Hintergrund neu aufstellen und Strukturen verändern und den aktuellen Herausforderungen anpassen. Der

Ausschuss für Digitalisierung und Informationstechnologie wird sich nach der Konstituierung mit einer Bestandsaufnahme beschäftigen und Konzepte entwickeln müssen. Dabei ist schon jetzt absehbar, dass die bestehenden Personalstellen nicht ausreichen werden. Nicht absehbar ist allerdings, welche Anforderungen an die neuen Personalstellen gestellt werden und mit welcher Priorität eine Schaffung notwendig ist. Hier soll den Beratungen des Ausschusses nicht vorgegriffen werden. Um jedoch im laufenden Haushaltsjahr handlungsfähig zu sein, soll es die Möglichkeit geben, über diese neue(n) Stelle(n) zeitnah den Bereich Digitalisierung personell auszustatten.

Marc Becker, Die FRAKTION Daniela Glasmacher, UWG/Freie Wähler Nicole Niederdellmann-Siemes, SPD Jürgen Peters, Bündnis 90/Die Grünen